

## Zum Thema: Sozialpolitik

Konzeption: Prof. Dr. Johanna Bödege-Wolf

Wer sich Gedanken darüber macht, wie in unserer Gesellschaft und in unserem Staat künftig soziale Herausforderungen gemeistert werden können, muss zunächst einmal klären, an welchem Leitbild und an welchem Selbstverständnis des Sozialstaates er sich orientieren will.

### Sorgenden Gemeinschaft

In Verbindung mit Überlegungen, welche Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft gezogen werden müssen, ist das Leitbild der »sorgenden Gemeinschaft« verankert worden. Von sorgenden Gemeinschaften wird angenommen, dass sie für ein sektor-, zielgruppen- und themenübergreifendes Konzept zur Bewältigung sozialer Aufgaben stehen: Für die Bündelung und Kooperation von Unterstützungsangeboten in der Kommune und für eine Stärkung der individuellen Mitverantwortung im öffentlichen Raum und damit einhergehenden Beteiligungsansätzen.

Zentral ist der Gedanke, dass interessierte Bürgerinnen und Bürger darin unterstützt werden, eigenverantwortlich und gestaltend im öffentlichen Raum tätig zu werden. Diese ohnehin schon vorhandenen Leistungen, z.B. im Bereich der Pflege, sollen auf diese Art und Weise unterstützt und anerkannt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Sorgefähigkeit einer Gesellschaft in Zukunft nicht allein durch professionelle soziale Dienstleistungen oder den Staat selbst gewährleistet werden können, sondern ganz wesentlich auf die eigenständige Leistung seiner Bewohnerinnen und Bewohner angewiesen sein wird. Es geht nicht um Verantwortungsverlagerung, sondern um ein gelingendes Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern, Staat, Organisation der Zivilgesellschaft und professionellen Dienstleistern.

Wie kann ein neues, in Solidarität verankertes Verständnis von Subsidiarität aussehen?

### Beteiligungsgerechtigkeit

In einem Positionspapier der Kommission für Gesellschaftspolitik und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz ist im Jahre 2003 erstmalig ausdrücklich die Rede von »Beteiligungsgerechtigkeit«. Damit wird darauf abgehoben, dass alles politische Handeln insbesondere daran zu messen ist, inwieweit es »die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt«. Das Konzept schließt damit an an das »gemeinsame Wort« der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland »für eine Zukunft in Solidarität und Gesellschaft« aus dem Jahre 1997.

»Dabei zielt die biblische Option für die Armen darauf ab, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.« Aber wie kann das gelingen?

### Erwachsenenbildung soll helfen, Maßstäbe zu entwickeln

Erwachsenenbildung muss durch ihr Angebot helfen, dass Gesellschaft in einer unübersichtlichen Zeit den richtigen Weg findet. Es geht in erster Linie nicht um das schöngeistige Betrachten und Erörtern der Wirklichkeit und das möglichst folgenlose Erörtern von vermuteten Entwicklungen. Vielmehr geht es darum, wie es bereits vor über 20 Jahren im »Gemeinsamen Wort« der Kirchen hieß, die Menschen zu befähigen, und Wertmaßstäbe zu entwickeln, die sich am einzelnen Menschen und seiner Würde orientieren. Gute Sozialpolitik beschränkt sich dann keineswegs auf die Höhe und die Dauer der Ausgleichsansprü-

che, die der Einzelne gegenüber der Gesellschaft geltend machen kann.

Teilhabe bedeutet mehr als Verteilung von Gütern. Natürlich geht es auch um Solidarität der Starken mit den Schwächeren, um die Notwendigkeit, Einkommens- und Vermögensunterschiede zu hinterfragen, auch um die Wirksamkeit alternativer Verteilungskonzepte und Modellprojekte.

Bei einem stärkeren subsidiären Ansatz im Sinne einer »sorgenden Gemeinschaft«, in der sich jeder Einzelne auch für das Ganze in der Verantwortung sieht und dazu seinen Beitrag leistet, bleibt die Familie Dreh- und Angelpunkt. Es wird heute übersehen, dass sie trotz einer stärkeren Vielfalt der Lebensformen erstaunlich stabil geblieben ist. So wachsen nach wie vor ca. 80% der Kinder bis zu ihrem 18. Lebensjahr bei ihren miteinander verheirateten leiblichen Eltern auf.

### Teilhabe konkret werden lassen

Natürlich dürfen gegenläufige Tendenzen nicht übersehen werden. Gerade jüngere Generationen fühlen sich in der »Rush-Hour« des Lebens rund um das 30. Lebensjahr häufig überfordert. Viele zentrale Lebensentscheidungen, z.B. Etablierung im Beruf, Sicherung der materiellen Basis, Partnerwahl und Gründung der Familie, müssen jetzt getroffen werden. Was fehlt, so paradox es erscheinen mag, ist in dieser Phase die »Zeit«. Es gibt eine Vielzahl einzelner Projekte, nicht zuletzt in den Kommunen, mit denen Überlegungen zur stärkeren Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern operativ umgesetzt werden, wo Teilhabe und Beteiligungsgerechtigkeit konkret werden.

Hermann Kues